

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Michael T. Oswald

# Das Regierungssystem der USA

3. Auflage



**Nomos**

## **STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT**

**Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft  
an Universitäten und Hochschulen**

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende WissenschaftlerInnen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querweise.

Michael T. Oswald

# Das Regierungssystem der USA

3., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6950-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-1062-6 (ePDF)

Die Voraufgabe war 2012 bei UTB (Nomos) erschienen unter dem Titel „Das Regierungssystem der USA. Eine Einführung“ (Autoren: Prof. Dr. Winand Gellner, Martin Kleiber, M.A.).

3., aktualisierte und erweiterte Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Levi*



## Vorwort

Das politische System der USA diente lange Zeit als Vorbild für andere Westliche Demokratien. Seine Verfassung fing den Geist der Aufklärung ein und fixierte zum ersten Mal in der Geschichte allgemeine Menschenrechte und Handlungsfreiheit für alle – zumindest auf dem Papier. Seine Konstruktion als gewaltenteilendes als auch gewaltenverschränkendes Regierungssystem sorgt häufig für Verständnisprobleme. Dazu tragen zudem seine lange Historie, die Pfadabhängigkeit seiner Entstehung und bisweilen als ‚eigenartig‘ empfundene Institutionen bei – wie das System der Wählerleute. Zudem lösten sich im Lauf der Zeit einzelne Gewalten von dem, was sich die Gründerväter in Bezug auf Normen, Vertrauen oder Kompromisse vorgestellt hatten. Heute dominiert die Politik eine ideologische Polarisierung, die bereits seit der Amtszeit Bill Clintons erkennbar war und sich über die Regierungszeiten von George W. Bush und Barack Obama hinweg vertiefte. Schließlich erreichte die Spaltung der Gesellschaft mit der turbulenten Präsidentschaft Donald Trumps einen neuen Höhepunkt.

Die Politik in den USA dreht sich zunehmend um über die Parteizugehörigkeit aufgezogene Fronten. Mit dieser Konstellation ist die amerikanische Politik in eine Phase geraten, die zum (Ver-)Schwinden des non-kontroversen Sektors (Fraenkel 1991) geführt hat und in der die Verachtung des politischen Gegners leitend ist. Zudem hat der Wandel der Gesellschaft – und vor allem ihre Spaltung – starke Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Regierungssystems, insbesondere in Form von Blockaden im politischen Prozess. Die parteipolitische Polarisierung führte u. a. im Winter 2018/19 zum längsten Stillstand des politischen Lebens. Was ursprünglich als Umsetzung des Pluralismus gedacht war, der wohl in keiner anderen politischen Nation so stark ausgeprägt ist, könnte damit zum Scheitern des ‚Experiments‘ USA führen.

Beim Studium des politischen Systems der USA drängt sich die Verwandtschaft zu den westeuropäischen Staaten auf, die sich in kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Dingen mit Händen greifen lässt. Dabei bleibt ein Gefühl von Fremdheit und Unsicherheit darüber, wie sich die europäischen Traditionen im Kontext eines so diversen Kontinents spiegeln. Schon für Alexis de Tocqueville (1805–1895) war die Reise nach Amerika so aufschlussreich, dass er uns bis heute nicht nur einen Klassiker der Reiseliteratur, sondern auch die erste empirische politische Analyse eines außereuropäischen politischen Systems hinterlassen hat.

Es wäre verwegen den Anspruch zu erheben, hier etwas auch nur entfernt Vergleichbares vorzulegen. Dennoch ist das Ziel dieses Buches, das amerikanische politische Regierungssystem so zu betrachten, wie es sich die Verfassungsväter wahrscheinlich vorstellten, und es darauf hin zu untersuchen, wie diese Ordnung im 21. Jahrhundert aussieht; zu einer Zeit also, in der zwar die Gesellschaft der USA tief gespalten und das Mediensystem zerklüftet ist, während trotz allen anderen aufstrebenden Mächten die Weltpolitik weiterhin durch die amerikanische Hegemonialstellung dominiert wird. Im vorliegenden Buch werden die einzelnen Gewalten erklärt und ihre Funktion in die Entstehungsgeschichte der Nation eingebettet. Zudem finden sich Kapitel zu Wahlen, zum amerikanischen Populismus

und zu Veränderungen des Mediensystems. Die Grundlagen der USA werden nicht nur erklärt, sondern mit anschaulichen Beispielen und Exkursen dargelegt. Dabei ist es unmöglich, allen nötigen Aspekten nachzugehen und jede Dimension der politischen Gesamtkonstellation zu erfassen. Dennoch kann sich ein gemeinsamer Nenner formulieren lassen, der so bislang in der durchweg verdienstvollen deutschen Amerika-Literatur noch nicht genügend herausgearbeitet wurde. Es handelt sich dabei um das Phänomen des *Gridlock*, des Politikstaus, der für die amerikanische Politik als prägend angesehen werden kann. Bereits die erste Amtsperiode von Barack Obama stand spätestens zur Zwischenwahl 2010 im Zeichen von *Gridlock*. Diese für ihn und seine Partei verheerenden Kongresswahlen 2010 kann als Phase eines extremen *Gridlocks* bezeichnet werden. Nicht zuletzt führte die Verhärtung der Fronten schließlich auch zur Wahl Donald Trumps. Entscheidend ist, dass wir trotz aller gegenläufigen Momentaufnahmen in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik kein wirklich dauerhaftes Ungleichgewicht und daher auch keinen wirklichen *Fortschritt* zu mehr gleichförmiger und zielgerichteter Politik zu erkennen vermögen. Es handelt sich bei den USA vielmehr um ein politisches Gemeinwesen, das zwischen Markt und Staat, Privatheit und Öffentlichkeit sowie in der Außenpolitik zwischen Interventionismus und Isolationismus schwankt und dabei keine dauerhafte Richtungsentscheidung gefällt hat. Genauso wenig wie es *typische* US-Amerikaner gibt, gibt es *typisch* US-amerikanische Politik, es sei denn, man sieht das Idealziel amerikanischer Politik darin, dass sich auf Dauer keine der Kräfte im Machtparallelogramm der Vereinigten Staaten durchzusetzen vermag. Dies gilt auch für die Ära Trump, in der die *Checks and Balances* herausgefordert, jedoch nie gebrochen wurden – auch die Trump-Regierung fügte sich beispielsweise stets Gerichtsentscheidungen. Insoweit kann man *Gridlock* durchaus als prozedurale Voraussetzung und gleichzeitig als Beschreibung des Pluralismus ansehen, der wohl in keiner anderen politischen Nation so stark ausgeprägt ist. Gleichwohl ist die ideologische Polarisierung in den USA Anlass genug, neu über *Gridlock* nachzudenken und eine völlig überarbeitete Fassung dieses Buches zu erstellen. Neben vielen Aktualisierungen finden sich mehrere Kapitel zur Präsidentschaft Trumps, zum amerikanischen Populismus und zu Veränderungen im Bereich der Medien. Um die Politik in den USA und die Umbrüche, Konflikte etc. richtig einordnen zu können, ist allerdings ein Blick auf die Geschichte und Staatswerdung der USA unverzichtbar. Diese Grundlage wird zu Beginn des Buches in knapper Form gelegt.

Ein einführendes Lehrbuch, das sich neben der interessierten Öffentlichkeit im Besonderen an Studierende der Politikwissenschaft und der Amerikanistik wendet, stellt immer einen Kompromiss zwischen Wissenschaftlichkeit und Verständlichkeit dar. Beiden Anforderungen sollte man nach Möglichkeit gerecht werden. Im Zweifelsfall waren die größere Aktualität und bessere Lesbarkeit leitend. Die Auswahl der Einzelthemen entspricht im Wesentlichen den gängigen Einführungswerken und eigenen Forschungsschwerpunkten.

Danken möchte ich Elisabeth Haas und Mario Schäfer für die redaktionelle Mitarbeit – für alle verbleibenden Fehler ist allein der Autor verantwortlich. Auch Sabine Lörner sei für ihre kreative Mithilfe bei der Erstellung der Abbildungen ge-

dankt. Ein besonderes Dankeschön möchte ich Prof. Dr. Winand Gellner aussprechen, der mich nicht nur zehn Jahre lang vom Studium bis durch die Post-Doc-Zeit begleitet hat, sondern mir auch die Grundlage für dieses Buch bereitgestellt hat. Meine wissenschaftliche Karriere war nur durch seine Nachwuchsförderung möglich. Der größte Dank gebührt Valentina, Ava und Levi – vor allem einfach dafür, dass es euch gibt.

Passau, März 2021

*Dr. Michael Oswald*



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	7
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	15
<b>Tabellenverzeichnis</b>	16
<b>Einleitung</b>	17
<b>1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur</b>	19
1.1 <b>Die Gründung eines neuen Staates &amp; das Erbe der Revolution</b>	21
1.2 <b>Glaube und Realität</b>	28
<b>2. Die Verfassungsorgane</b>	35
2.1 <b>Entstehungsgeschichte der Verfassung</b>	35
2.2 <b>Unveräußerliche Naturrechte und Limited Government</b>	47
2.3 <b>Horizontale Gewaltenteilung</b>	49
2.4 <b>Vertikale Gewaltenteilung</b>	52
<b>3. Die Legislative</b>	55
3.1 <b>Organisation</b>	56
3.1.1 <b>Das Repräsentantenhaus</b>	56
3.1.2 <b>Der Senat</b>	58
3.2 <b>Aufgaben</b>	59
3.2.1 <b>Die Kongresskammern: Ähnliche Kompetenzen und doch sehr unterschiedlich</b>	59
3.2.2 <b>Der Check des Impeachments</b>	59
3.2.3 <b>Weitere Kompetenzen</b>	61
3.3 <b>Politische Führung und Arbeitsweise</b>	63
3.3.1 <b>Führungsämter</b>	63
3.3.2 <b>Die Ausschüsse im Kongress</b>	66
3.4 <b>Der Gesetzgebungsprozess</b>	70
3.4.1 <b>Grundlagen</b>	70
3.4.2 <b>Der Gesetzgebungsprozess im Einzelnen</b>	71
3.5 <b>Die Haushaltsverhandlungen</b>	78
3.6 <b>Haushalt und Außenpolitik</b>	82
3.7 <b>Kontrolle der Exekutive</b>	83
3.8 <b>Der Kongress in der Außenpolitik</b>	85
<b>4. Die Exekutive</b>	91
4.1 <b>Die Präsidentschaft seit 1945</b>	91
4.2 <b>Formale Machtmittel</b>	108
4.2.1 <b>Institutionelle Machtmittel</b>	109
4.2.2 <b>Informelle Machtmittel</b>	116
4.3 <b>Entscheiden im präsidentiellen System der USA</b>	119
4.3.1 <b>Organisationsstile der politischen Entscheidungsgewalten</b>	121
4.3.2 <b>Präsidentielle Politikstile in Außen- und Innenpolitik</b>	123

4.4	<b>Präsidentialverwaltung</b>	126
4.5	<b>Präsidenten in der Außenpolitik</b>	128
4.5.1	Oberbefehlshaber der Streitkräfte	131
4.5.2	Internationale Verträge	132
4.5.3	Der Präsident und die weitere Exekutive in der Außenpolitik	134
4.5.4	Das Außenministerium	134
4.5.5	Das Verteidigungsministerium	137
4.5.6	Die Intelligence Community	139
4.5.7	Die Außenpolitik Präsident Trumps	142
5.	<b>Die Judikative</b>	147
5.1	<b>Organisation des Gerichtswesens</b>	148
5.2	<b>Das oberste Bundesgericht der USA – der Supreme Court</b>	153
5.3	<b>Richterliche Kontrolle</b>	157
5.4	<b>Politisierung der Judikative</b>	163
5.4.1	Judicial Activism und Judicial Restraint	163
5.4.2	Nominierung von Richtern	170
6.	<b>Vertikale Gewaltenteilung – Föderalismus in den USA</b>	175
6.1	<b>Kulturelle und staatsrechtliche Grundlagen</b>	175
6.2	<b>Entwicklung des Föderalismus in den USA</b>	180
6.3	<b>Kommunalregierungen</b>	185
6.4	<b>Sonderfall amerikanische Ureinwohner</b>	187
6.5	<b>Föderalismus im politischen Diskurs</b>	187
7.	<b>Politische Parteien</b>	193
7.1	<b>Parteien und Gewaltenteilung</b>	193
7.2	<b>Geschichte der amerikanischen Parteien</b>	195
7.2.1	Die Anfangszeit der Vereinigten Staaten	196
7.2.2	Parteien während der Jacksonian Democracy	197
7.2.3	Bürgerkrieg	199
7.2.4	Die Ära der Machines	200
7.2.5	Moderne nach 1945	202
7.2.6	Amerikanische Parteien in der Gegenwart	205
7.3	<b>Parteienorganisation</b>	209
7.3.1	Party-in-Government	209
7.3.2	Party-as-Organization	213
7.3.3	Party-in-the-Electorate	218
8.	<b>Wahlen</b>	223
8.1	<b>Kongresswahlen</b>	226
8.2	<b>Präsidentenwahlen</b>	230
8.2.1	Von der Idee auf den Wahlzettel – die Vorwahlen in den USA	230
8.2.2	Die Wahlkampfphase nach den Vorwahlen	233
8.2.3	National Convention	234
8.2.4	Bundesweite Wahlen	235
8.3	<b>Wahlen und Wahlergebnisse seit 2000</b>	237

8.4	<b>Wahlverhalten</b>	238
8.4.1	Ethnizität	239
8.5.2	Einkommen und Bildung	240
8.5.3	Religion	240
8.5.4	Alter und Geschlecht	241
8.5.5	Regionalspezifische Konflikte	241
8.6	<b>Wahlbeteiligung</b>	243
8.7	<b>Wahlkampffinanzierung</b>	244
8.7.1	Öffentliche Wahlkampffinanzierung	247
8.7.2	Wahlkampffinanzierung aus privaten Mitteln	249
8.7.3	Kritik	250
9.	<b>Interessengruppen und Think Tanks im politischen Prozess</b>	253
9.1	<b>Interessengruppen</b>	253
9.1.1	Ein-Themen-Interessengruppen und Verbände	256
9.1.2	Stiftungs- und Spendenwesen	257
9.1.3	Interessengruppen in der Außenpolitik	259
9.2	<b>Politikberatung in den USA: Think Tanks als Ideenagenturen</b>	261
9.2.1	Dominanz der "Universitäten ohne Studenten"	262
9.2.2	Interessenorientierte Think Tanks	265
9.2.3	Ideenagenturen als Vorbild und Notwendigkeit	269
10.	<b>Medien in den USA</b>	271
10.1	<b>Strukturen der Medienlandschaft</b>	271
10.2	<b>Zerklüftung der Medienlandschaft</b>	274
10.3	<b>Medien und Demoskopie im Meinungs- und Willensbildungsprozess</b>	276
11.	<b>Der amerikanische Populismus – damals und heute</b>	283
11.1	<b>Der Begriff des Populismus</b>	283
11.2	<b>Früher Populismus</b>	284
11.3	<b>People's Party</b>	286
11.4	<b>Von Wallace zu Nixons Southern Strategy</b>	288
11.5	<b>Die TEA Party: Der Pro-Finanzeliten-Populismus</b>	290
11.6	<b>Frustration und der Populismus seit 2015</b>	292
11.7	<b>Der Populismus seit 2015</b>	294
12.	<b>Bürgerrechte und Zivilgesellschaft</b>	297
12.1	<b>Civil Liberties</b>	297
12.2	<b>Civil Rights</b>	298
12.3	<b>Staat und Religion</b>	302
12.4	<b>Einschränkung der Bürgerrechte – Das Beispiel USA Patriot Act</b>	304
12.5	<b>Zivilgesellschaft in den USA</b>	306
	<b>Antworten zu den jeweiligen Fragen an den Kapitelenden</b>	309
1.	Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur	309
2.	Die Verfassungsorgane	309
3.	Die Legislative	309
4.	Die Exekutive	310

## Inhalt

---

5.	Die Judikative	310
6.	Vertikale Gewaltenteilung – Föderalismus in den USA	310
7.	Politische Parteien	311
8.	Wahlen	311
9.	Interessengruppen und Think Tanks im politischen Prozess	311
10.	Medien in den USA	312
11.	Der amerikanische Populismus – damals und heute	312
12.	Bürgerrechte und Zivilgesellschaft	312
<b>Bibliographie</b>		313
<b>Sachregister</b>		321
<b>Personenregister</b>		329
<b>Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)</b>		331

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1:	Das Kapitol, das Kongressgebäude	55
Abbildung 3.5:	Discretionary Spending im Haushaltsjahr 2019 (in Mrd. USD)	80
Abbildung 4.1:	Das Weiße Haus	91
Abbildung 4.3:	Organigramm des Executive Office of the President (EOP)	111
Abbildung 5.2:	Die Organisation des Gerichtswesens in den USA	150
Abbildung 5.3:	Bundesgerichtsbezirke	152
Abbildung 5.4:	Öffentliche Zustimmung für den Supreme Court	170
Abbildung 5.5:	Parteispezifische Zustimmung für den Supreme Court	170
Abbildung 6.1:	Föderale Verwaltungsstruktur in den USA	186
Abbildung 7.1:	Stammbaum der Demokratischen und Republikanischen Partei	195
Abbildung 7.4:	Parteienidentifikation in den USA	221
Abbildung 8.1:	The Gerry-Mander	227
Abbildung 8.2:	Beispielzuschnitt für einen demokratisch dominierten Wahlkreis	228
Abbildung 8.3:	Beispielzuschnitt für denselben Wahlkreis zugunsten der Demokraten	228
Abbildung 8.4:	Ergebnisse der 2020 Präsidentschaftswahl nach Counties	242
Abbildung 8.5:	Parteienidentifikation sozialer Gruppen in den USA	243
Abbildung 8.6:	Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen mit Bezug auf Krisen, 1924–2020	244
Abbildung 8.7:	Wahlkampfspenden bei Präsidentschaftswahlen	250

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1:	Kurzgefasst: Vom ersten Kontinentalkongress zur Annahme der Verfassung	35
Tabelle 2.2:	Die Bill of Rights – die ersten 10 Verfassungszusätze	45
Tabelle 2.3:	Präsidentielle Vetos, 1969-2021	51
Tabelle 3.2:	Ausschüsse im 117. Kongress	68
Tabelle 3.3:	Filibustering, 1971–2020	75
Tabelle 3.4:	Die Regular Appropriations Bills bzw. Subcommittees	80
Tabelle 4.2:	Die bisherigen Präsidenten der USA	106
Tabelle 4.4:	Die Bundesministerien der USA	112
Tabelle 4.5:	Amerikanische Präsidenten und ihr Karrier Hintergrund	114
Tabelle 4.6:	Bewertung der Nachkriegspräsidenten der USA	118
Tabelle 4.7:	Bundesbehörden und behördenähnliche, öffentliche Körperschaften	126
Tabelle 7.2:	Zunahme von Divided Government nach 1945	207
Tabelle 8.8:	Zentrale Begriffe der Wahlkampffinanzierung	246
Tabelle 9.1:	Die einflussreichsten Interessengruppen in den USA	255
Tabelle 9.3:	Interessengruppen mit den größten Geldspenden und deren Empfänger	258
Tabelle 9.4:	Das Fallbeispiel AIPAC	260
Tabelle 10.1:	Amerikanische Tageszeitungen mit der größten Verbreitung, 2019	272
Tabelle 12.1:	Policy-Making im Politikfeld Bürgerrechte – das Beispiel Affirmative Action	301
Tabelle 12.2:	Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften in den USA 2014 und 2007 in Mio. (über 18-jährige Bevölkerung)	303

## Einleitung

Nach knapp 250 Jahren ihres Bestehens sind die USA nicht mehr jenes politische System, das die Gründerväter visioniert hatten. Die politische Radikalisierung und der Gesellschaft haben die politischen Entscheidungsträger nicht nur in eine permanente Pattsituation gebracht, auch das politische System galt immer wieder als gefährdet. Allerdings hat sich das System der Checks and Balances auch in der turbulenten Präsidentschaft Donald J. Trumps bewährt und das politische System ist nach wie vor intakt, wenn auch mit Defiziten. Die älteste noch funktionierende demokratische Republik der Welt büßte damit jedoch an seiner ‚Leuchtturmfunktion‘ ein, Vorbild für die Demokratien in der Welt zu sein. Dennoch ist es eines der politischen Leitsysteme, in dem Demokratie und Menschenrechte auf Basis einer liberalen Staatsphilosophie zum ersten Mal in einem Flächenstaat umgesetzt werden sollten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach einem Klassiker der politikwissenschaftlichen Literatur die erste *Neue Nation* (Lipset 1979). Auch Alexis de Tocqueville sprach von den USA als der ersten modernen Massendemokratie. Insoweit ist es nach wie vor relevant, sich mit den USA zu beschäftigen, umso mehr, weil die Rolle der heute, und bis auf Weiteres einzigen, Supermacht in der Weltpolitik nach wie vor umstritten und unklar ist. Genauso wie die USA der erste moderne Staat und damit ein Modernisierungspionier waren, wurden sie spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges auch als letzte politische Macht der Moderne gesehen. Francis Fukuyama sprach seinerzeit vom Ende der Geschichte und hatte damit den endgültigen Triumph des Liberalismus amerikanischer Prägung vor Augen (Fukuyama 2006). Wenngleich diese Einschätzung wohl genauso voreilig und falsch wie diejenige von Friedrich Hegel war, der im preußischen Staat den Gipfel und die Vollendung staatlicher Herrschaft sah, bleibt doch zu fragen, ob die mit den USA begonnene moderne Staatlichkeit auch mit den USA zu ihrem Ende gekommen ist. Denn alles das, was unter den Stichwörtern *Individualisierung* und *Globalisierung* diskutiert wird, und in der Konsequenz nichts anderes darstellt als eine faktische *Amerikanisierung*, prägt das Weltgeschehen auf eine fast imperiale Weise, deren Ende trotz entsprechender Vorhersagen nicht absehbar ist. Ungeachtet alles vermeintlichen Wissens über diese erste und letzte moderne Nation herrscht immer noch vergleichsweise wenig Verständnis für diesen Staat und seine politisch-kulturellen Grundlagen. Auch die angebliche ökonomische, kulturelle und ideologische Nähe zu anderen Staaten der westlichen Welt erweist sich bei genauerem Hinschauen als trügerisch: Die USA sind mehr als nur eine moderne Ausgabe westlicher Demokratien und sie sind uns politisch-kulturell ferner als oft angenommen wird. Nicht zuletzt ist dieser *American Exceptionalism* in der Selbstwahrnehmung der Amerikaner stets präsent – bei Beobachtern jedoch oft nicht.

Amerikanische Vorstellungen von der Gewaltenteilung und -verschränkung, der Rolle der Medien, Parteien und Interessengruppen im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess sind im Vergleich zum europäischen parlamentarischen Politikverständnis so unterschiedlich, dass Missverständnisse im transatlantischen

und transpazifischen Diskurs oft zwangsläufige Folge sind. Dabei ist die Frage danach, wie die komplizierte Binnenkonstellation des gewaltenteilenden Systems der USA mit den politisch-kulturellen Befindlichkeiten zusammenhängt, entscheidend für das Verständnis der weltpolitischen Rolle der *Hyperpuissance* (Hubert Védrine). Die USA sind das de facto Laboratorium der politischen Moderne und insoweit gezwungen, den Herausforderungen der modernen Massendemokratie gerecht zu werden. In anderen westlichen Staaten werden diese Entwicklungen mit Verzögerungen rezipiert und adaptiert. Auch wenn sich der für kulturelle Phänomene festgestellte Verzögerungseffekt von etwa zehn Jahren verkürzt haben mag und mitunter einer beinahe Gleichzeitigkeit nahekommmt, hat die politische Amerikanisierung in den restlichen Demokratien erst ansatzweise ihren Niederschlag gefunden. Von der Regierungstätigkeit über den parlamentarischen Entscheidungsprozess, von den Problemen der vertikalen Gewaltenteilung bis hin zur Rolle von Interessengruppen, Parteien und Medien haben die USA Institutionen entwickelt, die für moderne politische Prozesse prägend, wenn nicht vorbildhaft sind. Dies mag in Bezug auf einige Entwicklungsaus demokratietheoretischer Perspektive bedauert werden, gleichwohl ist gut beraten, wer anhand der USA studiert, wie politische Prozesse im modernen Staat ablaufen. Zu vieles wird ansonsten durch den Schleier der eigenen nationalen, politisch-kulturellen und traditionellen Gepflogenheiten wahrgenommen. Wer die politische Zukunft der westlichen Welt verstehen will, muss sich ohnehin zwingend mit der Gestalt amerikanischer politischer Institutionen auseinandersetzen.

## 1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur

Am 4. Juli 1776 wurde die Loslösung der amerikanischen Kolonien vom Königreich Großbritannien besiegelt: Der Zweite Kontinentalkongress in Philadelphia verabschiedete an jenem Tag die Unabhängigkeitserklärung. Sie war die erste offizielle Erklärung der Vertretung eines Volkes, in der sein Recht auf Souveränität eingefordert wurde. Die zentrale Aussage der Unabhängigkeitserklärung lautet:

### Kernsatz

Alle Menschen sind gleich geschaffen und mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet, zu denen das Recht auf Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehört; diese gilt es, durch eine vom Volk eingesetzte Regierung zu schützen.

Allein der Gedanke war hierbei revolutionär. Bis der ähnlich lautende Passus ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren‘ in die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* einging, sollte es noch bis 1948 dauern.

Bis die Kolonien eine zentrale Regierung einsetzten, die den Schutz der jener Rechte gewährleisten würde, vergingen noch zwölf weitere Jahre. Zunächst waren die Delegierten auf den Wahrung der Selbstbestimmung ihrer jeweiligen Einzelstaaten bedacht. Sie beschlossen daher auf dem Kontinentalkongress am 15. November 1777 lediglich einen lockeren, aber dennoch beständigen Zusammenschluss der im Grunde souveränen Einzelstaaten: Sie gründeten die *Perpetual Union* mit den *Articles of Confederation* (vgl. hierzu Kapitel 2). Diese *Articles of Confederation* bilden im Grunde die erste Verfassung der Vereinigten Staaten, auch wenn sie heute lediglich als Vorläufer der USA gesehen wird – schließlich waren sie nur ein Staatenbund. Die Regierung der *Articles of Confederation*, der Kongress, erhielt daher auch lediglich die Befugnis, Verträge und Allianzen zu schließen, Streitkräfte zu unterhalten und Geld zu prägen. Mehr Eingriffe in die Souveränität wollten die Einzelstaaten zunächst nicht wagen.

Die *Articles of Confederation* waren gerade einmal zehn Jahre alt, als sie auf einem Treffen von Delegierten der Einzelstaaten reformiert wurden. Am Ende der schließlich vier Monate währenden Konferenz wurde jedoch eine völlig neue Regierungsform aus der Taufe gehoben und die Delegierten unterzeichneten am 17. September 1787 die finale Version der amerikanischen Verfassung. Sie schufen mit ihr das Regierungssystem der heute ältesten demokratischen Republik der Welt.

Verfassungen sind Rahmenordnungen von Staaten und ihre zentralen Rechtsdokumente. Meist sind diese als zusammenhängende Texte verfasst. Die Verfassung der USA ist vergleichsweise kurzgehalten, abstrakt und bisweilen gar vage formuliert. Zudem ist sie vergleichsweise schwer zu ergänzen und zu verändern (vgl. hierzu Kapitel 2). Möglicherweise hat sie jedoch gerade deshalb bereits so lange Bestand. Dass sie Jahrhunderte überdauern würde, war jedoch bei weitem nicht klar. Im Gegenteil, nach dem Verfassungskonvent 1787 soll Benjamin Franklin der Überlieferung zufolge auf die Frage, was das neue politische System denn nun sei, geantwortet haben: „It’s a Republic if you can keep it“. Franklin war sich

## 1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur

---

demnach bewusst, dass dieses als *Experiment* verstandene politische Modell auch von kurzer Dauer hätte sein können. Zudem stellte er klar, dass die USA genau genommen keine Demokratie sondern eine Republik sind. Das Wort ‚Demokratie‘ kommt in der Verfassung auch nicht vor. Die USA wurden spezifisch als eine föderale, – aber dennoch demokratische – Republik entworfen, deren Zuschnitt einerseits demagogische Führer verhindern, andererseits aber auch eigennützige Interessen einer Mehrheit blockieren können soll. Vor jener Form der Tyrannei wurde schließlich schon in Demokratietheorien der Antike gewarnt. Auch wussten die Gründerväter, dass die real existierenden Republiken von Rom und Athen untergegangen sind. Ein ausgeklügeltes Verfassungsdesign war also nötig, um das *Experiment* der Republik stabil zu halten.

### Kernsatz

Die USA sind ein ‚am Reißbrett‘ entworfenes, republikanisches Regierungssystem. Es ist darauf zugeschnitten, Tyranneien der Mehrheit, der Minderheit oder Einzelner zu verhindern.

### Benjamin Franklin

Benjamin Franklin (1706–1790) war Wissenschaftler, Verleger/Herausgeber, Politiker und Diplomat. Franklin handelte den Pariser Vertrag von 1763 zur Beendigung des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges aus und war sowohl an der Ausarbeitung der Unabhängigkeitserklärung als auch der US-Verfassung beteiligt. Franklin war auf dem Verfassungskonvent 1787 gewählter Repräsentant von Pennsylvania und mit seinen 81 Jahren der älteste Delegierte. Obwohl er nie Präsident der Vereinigten Staaten wurde, gilt er als einer der bedeutendsten Gründerväter. Oft wird Franklin mitunter gar als ‚Erster Amerikaner‘ bezeichnet. Er unterzeichnete als einziger der Gründerväter alle vier Schlüsseldokumente, aus denen die USA hervorgingen: die Unabhängigkeitserklärung (1776), den Bündnisvertrag mit Frankreich (1778), den Vertrag von Paris über den Frieden mit Großbritannien (1783) und die Verfassung (1787). Seit 1914 ist Franklins Konterfei auf der 100 Dollar Banknote zu finden.

Das Design der Republik hielt schweren Krisen wie dem Bürgerkrieg stand. Aber knapp 250 Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung verlaufen politische Prozesse nicht mehr so, wie es die Gründerväter visioniert hatten. Zudem sorgt auch die Ausrichtung des Systems von 1787 heute für Probleme: Mittlerweile wird den Bürgern schließlich weitaus mehr politische Entscheidungsfähigkeit zugeschrieben als dies vor 250 Jahren noch der Fall war und einigen erscheinen Institutionen wie das Wahlsystem antiquiert (vgl. hierzu Kap. 8). Auch kann der Schutz der Minderheiten – oder auch der kleineren Staaten – zu einer Tyrannei der Minderheit mutieren. Dies gilt gerade im Kontext von Präsidentschaftswahlen, die trotz einer Minderzahl der Stimmen im landesweiten Ergebnis gewonnen wurden. Bislang war dies zwar nur vier Mal der Fall, unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten können derlei Ergebnisse dennoch kontrovers diskutiert werden (vgl. auch hierzu Kap. 8). Obwohl die Gründerväter mit einem ausgeklügelten System die Tyranneien von Mehrheiten, Minderheiten oder gar Einzelner verhindern wollten, zeigt sich, dass auch die USA nicht vor solchen Erscheinungen gefeit

sind. Die Gründe hierfür liegen jedoch weniger am Verfassungsdesign, als an der zunehmend gesellschaftlich divergierenden Auffassung, was die USA sein sollen.

### 1.1 Die Gründung eines neuen Staates & das Erbe der Revolution

Die Entstehungsgeschichte der USA ist stark verbunden mit dem Freiheitsgedanken: Die ersten Pilger waren auf der Suche nach religiöser Freiheit und der Unabhängigkeitskrieg gegen das Mutterland Großbritannien war ein Streben nach Loslösung von der Monarchie, also nach politischer Freiheit.

#### Exkurs: Die ersten Pilger

Die erste erfolgreiche englische Kolonie war Jamestown, die am 14. Mai 1607 in der Nähe von Chesapeake Bay gegründet wurde. Das erste Schiff britischer Pilger, die Mayflower, kam erst am 11. November 1620 in Neuengland an. Obwohl es ursprünglich in der Nähe des Hudson River (heutiges New York) landen sollte, gingen die Passagiere im heutigen Plymouth, Massachusetts, an Land. Hier gründeten sie die erste permanente Neu-England-Kolonie. 45 der 102 Kolonisten starben im Winter 1620/21, auf den sie nicht vorbereitet waren. Bereits während der 66-tägigen Überfahrt brachte Elizabeth Hopkins ihr Kind ‚Oceanus‘ zur Welt. Das zweite Kind, das auf der Mayflower geboren wurde, Peregrine White, kam bereits im Hafen von Provincetown zur Welt. Das erste Kind, das von britischen Eltern in Nordamerika geboren wurde, war jedoch Virginia Dare. Virginia wurde schon 1587 in der Roanoke-Kolonie geboren. Die Roanoke-Kolonie gilt heute allerdings als die ‚verlorene Kolonie‘, da sie 1590 verlassen aufgefunden wurde und zum Verbleib der Bewohner bis heute lediglich verschiedene Theorien kursieren.

Auch wenn das Ideal der USA bisweilen schon zu Beginn verraten wurde – vor allem durch die Versklavung von Menschen – sind sie eine auf Ideen basierende Nation, die in dieser Form bewusst geschaffen wurde. Dies sorgte für eine spezifische nationale Identität, die ihr den Status eines Sonderfalls unter den westlichen Regierungssystemen einräumt. Ernst Fraenkel hat diese Beschaffenheit des politischen Systems der USA folgendermaßen beschrieben:

„Wenn bei dem Studium des amerikanischen Regierungssystems der Eindruck entstanden sein mag, dass es allzu künstlich, wenn nicht gar gekünstelt sei, sollte darüber nicht verkannt werden, dass ihm eine geniale künstlerische Vision zu Grunde liegt. Das großartigste Kunstwerk, das die westliche Hemisphäre hervorgebracht hat, sind die Vereinigten Staaten von Amerika“ (Fraenkel 1981: 346-347).

Fraenkel ist zunächst in historischer Perspektive beizupflichten, denn die Gründerväter haben nach dem Unabhängigkeitskrieg einen völlig neuen Typus von Staat entworfen. Zudem wurde in der Verfassung die kulturelle Identität der Revolutionszeit eingefangen, die bis heute so stark wie in wohl keinem anderen Land

## 1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur

---

nachwirkt. Die europäischen Monarchien jener Zeit, mit den ihnen nachgefolgten politischen Systemen, haben diesen Geist im Vergleich oftmals eingeblüht.

### Ernst Fraenkel

Ernst Fraenkel (1898–1975) war ein deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Jurist. Er war Mitbegründer der Nachkriegs-Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland und gründete das John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin und war dessen erster Direktor.

Die Bürger Nordamerikas waren nach der Unabhängigkeitserklärung und dem Sieg über die britische Krone zur institutionellen Sicherung ihrer politischen Freiheiten geradezu ermutigt. Für sie hatte sich das neue, für gut befundene Staatswesen durchgesetzt. Und tatsächlich war in den bald 250 Jahren US-amerikanischer Geschichte der Bestand ihrer Verfassung bislang nur einmal ernsthaft gefährdet: während des amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865). Die Pfadabhängigkeit der *Politischen Kultur* und die Verfassung als Quelle für die nationale Identität sind daher nach wie vor leitende Elemente in der Politik. Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – einer zunehmenden *Polarisierung* wird von den meisten politischen Lagern immer wieder ein Bezug zur Verfassung hergestellt und gelebt. Die USA können damit unter den westlich geprägten Ländern die größte politische Kontinuität vorweisen, selbst wenn diese zwangsläufig auch verzerrt ist: Der Geist einer über zwei Jahrhunderte zurückliegenden Vergangenheit kann schließlich nicht vollkommen akkurat rekonstruiert werden. Dennoch sehen nach wie vor viele Amerikaner ihre Nation in einer langen und andauernden Erfolgsgeschichte. Und hierfür zeichnen sie die Verfassungsväter als verantwortlich. Auch wenn in den USA viele Geschichtsbezüge neu gedeutet und Elemente der Politischen Kultur zunehmend kritischer betrachtet werden, sind zumindest die Gründer bei vielen Amerikanern noch relativ unantastbar.

### Politische Kultur (in Anlehnung an Almond und Verba)

Die Politische Kultur ist definiert durch die in einer Gesellschaft vorhandenen Einstellungen, Überzeugungen und Emotionen gegenüber politischen Sachfragen. Sie umfasst also auch geteilte Ansichten und normative Urteile in Bezug auf das politische System. Die vorherrschenden Werte und Einstellungen tangieren häufig politische Prozesse und verleihen diesen Sinn oder auch Ordnung. Das Verhalten Einzelner im politischen System ist daher oft pfadabhängig zur Politischen Kultur. Jedes politische System ist sowohl in eine bestimmte Politische Kultur eingebettet als auch von ihr geprägt. Politische Systeme haben wiederum Effekte auf die Politische Kultur.

### Polarisierung

In der Regel finden wir politische Einstellungen innerhalb westlicher Gesellschaften wie eine ‚Gaußsche Glocke‘ verteilt. Das heißt, die Mehrheit der politischen Einstellungen ist um eine ‚Politische Mitte‘ zentriert, während zu den Rändern hin die Kurve sehr stark abflacht. Geht jedoch die Politische Mitte verloren und die Ränder werden stärker, ist ein Polarisierungsprozess im Gange. Polarisierete Gesellschaften sind in Demokratien rar, denn sie bestehen genau genommen erst, wenn extreme politische Ansichten in der Öffentlichkeit dominieren und die Kurve eher einem langgezogenen U gleicht. Dabei besteht die Gefahr, dass die Demokratie durch ein demokratisches Mehrheitsverfahren ‚abgeschafft‘ werden könnte. Die Weimarer Republik ist ein Beispiel für eine polarisierte Gesellschaft.

Das Amerika der Revolutionszeit (1765–1783) setzte sich aus einer heterogenen Gemeinschaft zusammen, die jedoch verschiedene Elemente vereinte: der Wunsch nach Loslösung von der britischen Krone, das Schutzbedürfnis religiöser Frömmigkeit, die aufklärerische Überhöhung des Individuums und der Vorabend der industriellen Revolution (vgl. hierzu den Exkurs zu den Puritanern in diesem Kapitel). Aus diesen Veränderungen resultierten spezifische politische Wertvorstellungen. In der typischen, idealisierten Form handelt es sich um die Werte der Freiheit, der Gleichheit, der Volkssouveränität, des Individualismus und der Verschiedenheit in der Einheit. Jene Werte sind nicht nur in die Verfassung eingegangen, sie sollten auch den Fortbestand des jungen Staatswesens garantieren.

*Freiheit* bedeutet zunächst, dass die Staatsbürger als Individuen freie Wesen sind. Diese Freiheit der Einzelnen stößt nach dem liberalen Staatsverständnis, von dem die USA stark geprägt sind, erst dort an ihre Grenzen, wo sie die Freiheit der anderen beeinträchtigt. Diese Betrachtung ist insbesondere deshalb relevant, da die Freiheitsrechte der amerikanischen Verfassung zunächst als Schutzrechte gegen die staatliche Gewalt formuliert wurden: Der Staat sollte primär die Grundrechte und insbesondere die Freiheiten der Einzelnen schützen. Ein solches Staatsverständnis beruht auf der Idee eines fiktiven Gesellschaftsvertrages und einer von vornherein begrenzten staatlichen Macht. Die Bürger vertrauen dem Staat einen Teil ihrer Freiheiten an, sie geben diese in Bezug auf das Einhalten erlassener Gesellschaftsregeln ab. Im Gegenzug erhält der Staat einen begrenzten Regierungsauftrag und muss sich an der Verpflichtung messen lassen, die Freiheiten der Individuen zu schützen. Kommt der Staat dieser Aufgabe nicht ausreichend nach, verliert er seine Existenzberechtigung. Dieses an John Lockes Vorstellungen orientierte Verständnis von Mittel und Zweck staatlicher Gewalt hätte im ausgehenden 18. Jahrhundert kaum entfernter von der europäischen Realität der Ständegesellschaften oder dem von idealistisch-rousseauistischen Vorstellungen geprägten revolutionären Frankreich sein können. Daher ist gerade die Umsetzung dieser Ideen selbst revolutionär.

### John Locke

John Locke (1632–1704) war ein britischer Philosoph, dessen Schriften zu den wichtigsten der Neuzeit zählen. Seine Werke hatten einen massiven Einfluss auf die Aufklärung und die Staatsgründung der USA. Locke gilt als einer der Begründer des liberalen Theoriemodells und war einer der wichtigsten Vertragstheoretiker. In seinen Schriften setzte er sich auch für das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit ein.

### Jean-Jacques Rousseau

Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) war ein in der Schweiz geborener Philosoph, Schriftsteller und politischer Theoretiker. Er ist nicht nur einer der wichtigsten Vertragstheoretiker, seine weiteren Publikationen, wie jene zur sozialen Ungleichheit, sind bis heute Standardwerke der Politischen Philosophie. Seine Schriften wirkten zudem direkt in die Französische Revolution.

Die Bedeutung der Idee(n) von Freiheit für jedwede Bereiche der amerikanischen Politischen Kultur kann kaum überschätzt werden. Dies ist insbesondere der Fall, da hiermit zunächst die politische Freiheit gemeint ist. Durch die Verbindung der politischen Freiheit mit der Idee, das Eigentum zu schützen, geht indes auch häufig die wirtschaftliche Freiheit einher. Die Bewahrung dieser beiden individuellen Freiheiten war über die Jahrhunderte hinweg eine zentrale Forderung an die Politik.

### Exkurs: Eigentum und das Streben nach Glück

Für Locke war auch das Grundrecht auf Eigentum ein wichtiges Element seiner Staatstheorie. Damit kann das in der Unabhängigkeitserklärung proklamierte ‚Pursuit of Happiness‘ auch als Streben nach Wohlstand verstanden werden, schließlich war die ursprüngliche Formulierung bei Locke „life, liberty and estate“. James Madison schrieb in seinem Essay *Property* Folgendes: „Government is instituted to protect property of every sort; as well that which lies in the various rights of individuals, as that which the term particularly expresses. This being the end of government, that alone is a just government, which impartially secures to every man, whatever is his own.“

Voraussetzung für den Genuss der Freiheit ist die *Gleichheit*. Sie ist historisch im Sinne einer spezifischen Auffassung von Gerechtigkeit zu verstehen.

### Exkurs: Der Schleier des Nichtwissens

*Gleichheit* lässt sich als Fairness des Prozesses verstehen, wie dies unter anderem in moderner Fassung von dem Moralphilosophen und Gesellschaftstheoretiker John Rawls ausgeführt wurde. Jener Prozess ist dabei zwischen Individuen vertragsmäßig abgesichert und über dessen tatsächlichen Rahmenbedingungen liegt ein in der Theorie vorstellbarer ‚Schleier des Nichtwissens‘. Dieser Schleier soll höchstmögliche Gerechtigkeit versprechen, da durch seine ‚Verhüllung‘ der tatsächlichen Gegebenheiten nicht bekannt ist, welche Position ein Individuum in einer Gesellschaft einnehmen wird (Rawls 1971).

Das ursprüngliche Gleichheitsverständnis in den USA ist jedoch anders als bei vielen Gerechtigkeitstheorien nicht als eine des Ergebnisses zu sehen, sondern vielmehr hinsichtlich der möglichen Chancen. Ein Unterschied in den Startbedingungen wird in dieser Perspektive historisch als legitim verstanden. Dazu zählen Vorteile durch die soziale Herkunft oder die Schulbildung. Vor dem Hintergrund dieser Chancengleichheit konnte sich ein Individualismus als treibende Kraft in dem kapitalistisch geprägten Produktionssystem der USA entwickeln, das auf der Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Person beruht. Diese Neigung zu einer Beschränkung der Gleichheit auf gerechte Startbedingungen wirkt bis heute als einer der Gründe gegen die Einführung eines Wohlfahrtsstaates europäischer Prägung in den USA. Diese Form von Chancengleichheit wird von einem großen Teil der Amerikaner als beständig verstanden, ein zunehmend größerer Teil der Gesellschaft trägt diese Idee der Chancengleichheit jedoch heute nicht mehr. Diese gegenläufige Entwicklung geht mit einer Fokussierung auf den Leitsatz der *Equity* statt der *Equality* einher. In der Demokratischen Partei wird das bisherige Paradigma von *Equality* allmählich von der Forderung nach *Equity* abgelöst. Dies sind Anzeichen eines größeren Wandels der Politischen Kultur.

### Kernsatz

*Equality* ist die Chancengleichheit in Hinsicht auf Möglichkeiten; *Equity* stellt auf gleiche Ausgangsbedingungen ab. Dies ist das progressive Verständnis von Gleichheit.

Dennoch gilt nach wie vor: In den USA sind Marktprozesse weit mehr als in den Systemen Europas als das Ergebnis des Handelns Einzelner zu verstehen. Auf Basis eines pluralistischen Kräfteparallelogramms führt jenes Handeln zur Realisierung eines als unbekannt vorausgesetzten und erst *ex post* feststellbaren Gemeinwohls. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die (arbeits-)ethische und moralische Qualität dieses Systems. Klar erkennbar sind in dem hier eingefangenen politischen Denken der Verfassungsväter die Ideen der schottischen Moralphilosophen, allen voran David Hume und Adam Smith. Viele der Verfassungsgeber waren mit der Staatslehre von der Antike bis zur Aufklärung vertraut und die Essenzen dieser Lehren wurden zur Grundlage des politischen Systems: Die im System der USA umgesetzte Idee der strikt begrenzten Macht der Regierung (*Limited Government*) sowie die Trennung und Kontrolle der einzelnen Gewalten (*Checks and Balances*) haben ein deutliches Vorbild: Sie ähneln stark den Modellen der Gewaltenteilung und -verschränkung, wie sie von Locke und Charles de Montesquieu formuliert wurden. In der amerikanischen Staatsphilosophie sind zudem die Ansätze von Denkern wie William Blackstone, Thomas Paine oder eben Adam Smith erkennbar.

Mit der politischen Freiheit und den Ideen der Vertragstheoretiker aus der Zeit der Aufklärung ist das Prinzip der *Volkssouveränität* (*Popular Consent*) verbunden. Sie ist eines der Kernstücke des modernen Demokratieverständnisses. Folgt man Lockes Ideen, ergibt sich die Souveränität eines Herrschers aus der Zustimmung der Bürger. Obwohl die heute recht gespaltene Gesellschaft in den USA dieses Prinzip immer schwieriger umsetzen lässt, bildet jene Idee von Volkssou-

veränität nach wie vor das Fundament des amerikanischen Regierungssystems. Zuträglich für diese Entwicklung war, dass in der puritanischen Lehre ein unmittelbarer Kontakt aller zu Gott möglich schien. In den ersten Gemeinden der ‚Neuen Welt‘ schwächte dies die Glaubwürdigkeit des in Europa noch vorherrschenden Gottesgnadentums.

### Exkurs: Die Puritaner

Die Puritaner waren englische Protestanten, die im 16. und 17. Jahrhundert versuchten, die Kirche von England von römisch-katholischen Praktiken zu ‚reinigen‘. Ihrer Auffassung nach wurde die englische Kirche unzureichend reformiert. Die Puritaner standen mit ihrer Reform-Theologie dem calvinistischen Glauben sehr nahe. Sie traten für eine größere Reinheit der Anbetung und Lehre sowie für persönliche und unternehmerische Frömmigkeit ein. Vor allem unter der Herrschaft König Charles I. (1625–1649), emigrierten viele von ihnen nach Nordamerika, um dort ihre Glaubensvorstellungen frei leben zu können. Bis heute trägt die Verbindung von Calvinismus und Kapitalismus sehr zum ökonomischen Selbstbild und Handeln vieler Amerikaner bei.

Bereits mit den ersten Siedlungen und später mit der Verfassung wurde die aufklärerische Idee der *Volkssouveränität* zum ersten Mal politisch in einem föderalen Großflächenstaat institutionell umgesetzt. Die Bürger eines Gemeinwesens sollten von nun an ihr eigenes Schicksal bestimmen können und sollen. Der Glaube, dass nur das Volk sich selbst Legitimität verschaffen kann, spiegelt sich in den repräsentativen und in den plebiszitären Realisierungen amerikanischer Institutionen wider. Hier existieren vor allem auf staatlicher Ebene meist wesentlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten als in den Demokratien Europas. Daher besteht das spezifisch amerikanische Verständnis einer individuell gedachten Volkssouveränität bis heute fort. Viele Bürger jedweder politischen Couleur stehen einer ‚politischen Klasse‘ grundsätzlich skeptisch gegenüber – von Libertären, über Konservative bis hin zum linken liberalen Flügel (siehe Exkurs). Systemisch zeigt sich dies in den zahlreichen Wahlen sowie in den weitreichenden Gesetzen zur Offenlegung und Rechenschaftspflicht staatlichen Handelns umgesetzt.

### Exkurs: Liberalismus

In den USA sind die Liberalen, also *Liberals*, die politisch eher links-progressiven. Entgegen dem ursprünglichen Verständnis des Liberalismus treten sie in einigen Feldern für eine stärkere staatliche Regulation ein, vor allem in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Diese Veränderung des Begriffsverständnisses ist auf Franklin D. Roosevelt zurückzuführen. Roosevelt lancierte seine stark regulatorischen *New-Deal*-Maßnahmen unter einer liberalen Transformationsidee während der Zeit der Großen Depression (1929–1941), die infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 eintrat. Durch diese Maßnahmen wollte Roosevelt den Liberalismus retten, denn er sah ohne jene Maßnahmen das Ende des kapitalistischen Systems kommen.

Das Konzept eines letztlich selbstverantwortlichen Volkes entstand historisch aus der Ablehnung des britischen Kolonialregimes. In diesem lag die Souveränität des Staates bei der Monarchie. Die Revolutionäre in den USA waren jedoch

davon überzeugt, dass eine selbstbestimmte Regierung ihr nationales Recht sei, so sah dies zumindest Gründervater Thomas Paine: „a government of our own is our national right“. In systematischer Formulierung lautet diese Maxime: Staat und Regierung beruhen auf der Zustimmung des Volkes; beide sind ihm daher verantwortlich. Die emphatische und klassische Formulierung findet sich in der Präambel der Verfassung, die in der jüngeren deutschen Vergangenheit ihren Niederschlag in der Parole ostdeutscher Revolutionäre fand: „Wir sind das Volk“. In den USA lautete sie: „We the *People* [...] do ordain and establish this Constitution for the United States of America“.

### Kernsatz

Die Republik der Vereinigten Staaten setzt auf die Verantwortlichkeit der Repräsentanten gegenüber dem Volk durch die Wahlurne.

Der in den USA hochgeschätzte *Individualismus* speist sich aus einer Synthese mehrerer Elemente, die in der amerikanischen Identität positiv besetzt waren und nach wie vor sind. Dazu zählen:

- das auf sich selbst gestellte Leben in einer mitunter feindlichen Lebensumgebung
- der calvinistische Glaube
- die politischen Ideale der britischen Vertragstheoretiker
- und die ökonomische Freiheit.

Diese Elemente haben im Bewusstsein vieler Amerikaner bis heute die Nation groß gemacht. Ersichtlich wird aus ihnen auch ein eigennütziges Kalkül, das auf einem durchaus skeptischen Menschenbild beruht. Dieses durchzieht im Grunde die gesamte Verfassung. Im Unterschied zu Vordenkern wie Locke und Montesquieu schimmert in ihr oft eine eher realistische, wenn nicht skeptische Perspektive durch, die aus Schriften Niccolò Machiavellis oder der hobbeschen Theorie bekannt ist. James Madison schrieb hierzu in Federalist Nr. 51: „Wenn die Menschen Engel wären, bräuchte es keine Regierung.“ Die berühmte Annahme von Thomas Hobbes, dass Menschen ohne eine Regierung sich in einem ‚Krieg aller gegen alle‘ befinden, mag für einige Verfassungsväter die Notwendigkeit eines Staates mit einer gewissen Macht begründet haben. Der Staat sollte jedoch nach den Erfahrungen aus dem Britischen Königreich nicht mehr als Leviathan alle Bürger und ihre Rechte in sich vereinen. Der Regierungsauftrag sollte klar begrenzt werden. Aber auch das Wissen um einen stets möglichen *Machiavellian Moment* war auch den Revolutionären nicht fremd.

### Exkurs: *Machiavellian Moment*

Unter dem als *Machiavellian Moment* bekannten Motiv ist die Republik auf der Tugend der politisch verstandenen *Virtú* begründet. Übersetzt könnte *Virtú* als eine *Fähigkeit zu gewagter Eigeninitiative* beschrieben werden. Machiavellis Verwendung des Begriffs *Virtú* ist eng mit jenem dem Konzept der Tugendethik verbunden. Es handelt sich allgemein um die wünschenswerten Wesensmerkmale eines Menschen, im Gegensatz zu *Vizio* (Laster). Um die *Virtú* muss immer

gekämpft werden. Da Menschen und damit auch die Herrscher korrupt, eigennützig und anfällig für die Missachtung der *Virtú* sind, befinden sich Staaten immer in der Gefahr, zugrunde zu gehen. Diese Überlegung eines immer drohenden Verfalls menschlicher Ordnung, hat bei Machiavelli zur Annahme eines zyklischen Geschichtsprozesses geführt. Für die amerikanische Republik steht der *Machiavellian Moment* symbolisch für die ‚republikanische Synthese‘: Die USA wurden mit der Furcht vor Korruption geboren, sie vereint aber den Wunsch, die klassische Tugend zu fördern.

### 1.2 Glaube und Realität

Die beherrschenden Eigeninteressen im *Individualismus* sind freilich heterogen, sodass grundsätzlich allen die Freiheit zur Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfes gelassen werden muss. Trotz der Prägung durch unterschiedliche Interessen bildet erst diese *Verschiedenheit*, verstanden als *Diversity*, die Grundlage des Staatswesens. Schließlich sollte gerade hieraus ein *einheitliches* Gemeinwesen entstehen. Dies ist repräsentiert durch die aus dem Staatswappen bekannte Losung: *e pluribus unum – aus vielen eines*.

Lange Zeit verstanden sich Amerikaner insoweit trotz aller Unterschiedlichkeiten als ‚ein‘ Volk, das sich seine Regierung selbst bestimmt. Gewählte Repräsentanten, die dem Prinzip der Mehrheitsregierung, der *Majority Rule* mit dem Schutz der *Minority Rights* verpflichtet sind, verliehen dem staatlichen Handeln bis in das 21. Jahrhundert Legitimität. Thomas Jefferson sagte in seiner ersten Amtsantrittsrede: „All, too, will bear in mind this sacred principle, that though the will of the majority is in all cases to prevail, that will to be rightful must be reasonable; that the minority possess their equal rights, which equal law must protect, and to violate would be oppression.“ Dieses Staatsverständnis ist heute noch leitend für demokratische Systeme: Die Mehrheitsregel wird verfassungsrechtlich durch die Rechte Einzelner begrenzt. Damit soll eine Tyrannei der Minderheit ebenso verhindert werden wie eine Tyrannei der Mehrheit.

#### Thomas Jefferson / Der *Louisiana Purchase*

Thomas Jefferson (1743–1826) war eine der führenden Persönlichkeiten in der frühen Entwicklung der USA. Er war der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung sowie der erste Staatssekretär (1789–1794), der zweite Vizepräsident (1797–1801) und der dritte Präsident der USA (1801–1809). Jefferson diente in der Legislative von Virginia und auf dem Kontinentalkongress. Er war außerdem Gouverneur von Virginia. Jefferson gründete auch die University of Virginia und war einer der Advokaten der individuellen Freiheit als Kernbedeutung der amerikanischen Revolution. Als eine der wichtigsten Errungenschaften der Präsidentschaft von Thomas Jefferson gilt der *Louisiana Purchase*. Der Kauf von Louisiana im Jahr 1803 erweiterte das Territorium der USA um rund 2.144.476 km<sup>2</sup>, was in etwa einer Verdopplung seiner vormaligen Fläche gleichkommt. Das damals in Besitz von Frankreich befindliche *Louisiana Territory*, reichte vom Mississippi im Osten bis zu den Rocky Mountains im Westen und vom Golf von Mexiko im Süden bis zur kanadischen Grenze im Norden. Frankreich erhielt für den Kauf etwa 15 Mio. \$, was ca. 250 Mio. \$ heutiger Kaufkraft entspricht.

**Exkurs: Der dunkle Schatten über Jeffersons Person**

Obwohl Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung mit seiner Losung ‚all men are created equal‘, das Paradigma der Ungleichheit qua Geburt ablöste, liegt in Bezug zur menschlichen Gleichheit ein dunkler Schatten auf seiner Person. Jeffersons Ideale zur Sklaverei und zum Sklavenhandel hätten die USA im Grunde zu ihrer Abschaffung verpflichtet müssen. Er prangerte den internationalen Sklavenhandel an und er verbot ihn schließlich als Präsident. Dennoch war er der Präsident mit den wohl meisten Versklavten: Jefferson ‚besaß‘ im Laufe seines Lebens wohl über 600 Menschen. Ein DNA-Test legt außerdem nahe, dass Jefferson mindestens ein Kind mit einer seiner Sklavinnen, Sally Hemings, gezeugt hat. Es ist wahrscheinlich, dass er der Vater all ihrer sechs Kinder war. Auch in dieser Diskussion deutet sich ein Paradigmenwechsel an: Während Hemings in der Vergangenheit meist als eine Art ‚Geliebte‘ Jeffersons beschrieben wurde, wird deren Beziehung heute aufgrund der Machtverhältnisse vermehrt im Kontext von sexueller Gewalt diskutiert. Die tatsächliche Natur ihrer Beziehung ist nicht überliefert; sexueller Missbrauch von Sklavinnen durch ihre ‚Herren‘ war jedoch keine Seltenheit.

Bis zur letzten Jahrtausendwende sahen sich die meisten Amerikaner – trotz politischer Differenzen – als Teil ‚eines‘ Volkes unter ‚einem‘ Präsidenten. Auch wenn es freilich politische Gegner gab, waren in der Regel politische Führer zumindest akzeptiert. In der Amtszeit Georg W. Bushs (2001–2009) mehrten sich die Stimmen, die ihn nicht als ‚ihren‘ Präsidenten anerkannten – vor allem nach dem Kriegsbeginn in Afghanistan und Irak. Unter Obama und Trump erreichte diese Ablehnung der jeweils anderen Seite seit dem Bürgerkrieg nie gekannte Ausmaße, selbst wenn die Gesellschaft in den unruhigen späten 1960er Jahren wahrscheinlich stärker zerrüttet war. Dabei sind sowohl eine polarisierte Politik als auch eine Politik nur für einen Teil der Gesellschaft generell als unamerikanisch zu klassifizieren: Jede Regierung soll nach amerikanischem Verständnis als Ziel das Wohlergehen des Gemeinwesens haben. Mehrheitsregierung und Minderheitenschutz gehören deshalb in diesem Verständnis – zumindest theoretisch – untrennbar zusammen. Zugleich ist realistisch betrachtet diese Übereinkunft der demokratischen Republik nur so lange beständig, wie in ihr ein ‚guter Staat‘ gesehen wird. In Anbetracht einer Abweichung ist paradoxerweise ein autoritärer Einschlag durchaus im kulturellen Erbe erwünscht – vor allem im christlich-konservativen Gesellschaftssegment. Auch dies kann als Vermächtnis der puritanischen Auffassung verortet werden.

Das amerikanische politische Selbstverständnis wird häufig als *American Creed* bezeichnet. Dieses ist ein politisches Ideal und kann durchaus auch als ideologische Überhöhung der politischen Traditionen einer ehemals Menschen als Versklavte haltenden bürgerlichen Oberschicht gesehen werden. Auch der amerikanische Traum der Gleichheit und der Gleichwertigkeit ist spätestens dann ausgeträumt, wenn man sich in den Elendsquartieren des Landes umschaut. Aber obwohl in heruntergekommenen Apartments oder Wohnwagen oftmals Armut vorherrscht, wird dieser Traum vehement – und gegebenenfalls sogar mit Waffengewalt – verteidigt.

Die wichtigste Funktion der genannten Ideale liegt insoweit vor allem in ihrer Symbolkraft. Sie dienen der Rechtfertigung und Verteidigung des *American Way of Life* und sind typisch für eine nach wie vor funktionierende Deutungskultur, die mit der tatsächlichen Soziokultur oft nicht übereinstimmt. Der *American Dream* kann daher auch als Stabilisierungsmechanismus des Staates gesehen werden, denn jeder hat in dieser Vorstellung die Möglichkeit, ‚es‘ zu schaffen. ‚Es‘ bedeutet hierbei nicht klischeehaft, vom ‚Tellerwäscher zum Millionär‘, sondern vielmehr die Chance auf ein ‚gutes Leben‘ mit Eigenheim, PKW und ausreichend Entertainment-Faktoren. Das Bild wird noch komplizierter und komplexer, wenn man sich das Spannungsverhältnis im Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaft anschaut: Welche Vorstellungen von den USA bestehen bei wem, was Amerika ist und was es sein soll? Dies divergiert im 21. Jahrhundert diametral. Zusammen mit dem eklatant schwindenden Glauben an den Amerikanischen Traum ist auch die Unterstützung des Systems rückläufig. Es ist jedoch immer noch das *Experiment* USA, das hierbei aufrechterhalten wird. Sein Ausgang ist nach wie vor nicht gewiss.

Mit der Sicht auf das politische System der USA als *Experiment* sind die Hintergründe der amerikanischen Politik erst teilweise erklärt. Gegen dieses Verständnis als *Experiment* entwickelte sich von Beginn auch eine Sicht auf die Vereinigten Staaten als *Destiny* also Schicksal oder Verheißung. Bereits im Jahr 1630 nutzte John Winthrop in einer Predigt die Metapher ‚*Shining City on a Hill*‘ für die neu entstandenen Siedlungsgebiete. Auch dieses Konzept basierte auf einem traditionellen, religiösen und calvinistischen Ethos. Hinter ihm ist jedoch vor allem die Überzeugung leitend, dass man das von Gott auserwählte Volk sei. Die Calvinisten fühlten sich daher berufen, das ‚neue Jerusalem‘, das ‚neue England‘ zu schaffen. Allein die Tatsache, dass Gott bis nach der Reformation gewartet und erst dann sein neues Volk in das neue Gelobte Land geschickt hatte, war Beweis genug für diese Trost spendende Perspektive. Die Unabhängigkeit der früheren Kolonien rückte die mystische Idee eines Amerikas als *Schicksal* zunehmend in den Vordergrund des politisch-kulturellen Selbstverständnisses. Das Verständnis der USA als *Schicksal* wurde damit zur Konkurrenz für das Konzept Amerikas als *Experiment*.

### ***Manifest Destiny* und Exzeptionalismus**

Der *amerikanische Exzeptionalismus* ist ein Verständnis von den Vereinigten Staaten, dass das Land und seine Geschichte von Grund auf anders sind als andere Nationen. Die Werte und Ideale, die aus der amerikanischen Revolution hervorgegangen sind, sehen sie in den USA verkörpert, die auch als erste ‚Neue Nation‘ eine wegweisende Idee von Freiheit und Gleichheit bietet. Das Konzept der *Manifest Destiny* steht im Lichte des *amerikanischen Exzeptionalismus*. Als die Puritaner den Kontinent 1630 erreichten, glaubten sie, dass ihr Überleben in der ‚neuen Welt‘ ein Zeichen für Gottes Zustimmung sein würde.

Von den Vertretern der *Schicksals*-These wurde das *Experiment* des gewaltenteilenden amerikanischen demokratischen Systems bisweilen sogar als Degeneration angesehen. Es bedurfte erst der wirkungsmächtigen Analyse Alexis de Tocquevil-